

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Verleger: Paul Schöner Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Wirtschaftliche Kriegsziele. — Unser Verband am Schlusse des 31. Kriegsmonats. — Die Denkschrift der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit in Stockholm. (I.) — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes.

## Wirtschaftliche Kriegsziele.

Bei der Erörterung der Kriegsziele hebt sich der wirtschaftliche Hintergrund als bewegende Kraft immer schärfer von der Wolkenwand der Schlagworte ab. Das hat schon seine Vorteile! Zunächst ist auf Grund der Erscheinung festzustellen: wie der Krieg letzten Endes wirtschaftlichen Ursachen entspringt, so müssen an seinem Endlauf auch wieder wirtschaftliche Fragen als Drehpunkt auftauchen, dessen richtiges Einstellen die Lösung der Streitfragen erleichtert! — Haben die Völker überall erkannt, um was es sich in diesem Kriege für seine Haupttreiber eigentlich handelt, dann wird das den Friedenswillen außerordentlich stärken lassen. Das richtige Erkennen der treibenden Ursachen zwingt die Völker nämlich auch zu der Erkenntnis, daß sie bei der Fortdauer des blutigen Mägens nur Opfer bringen, während ein sofortiger Friedensschluß ihnen allen unbedingt zum Vorteil gereichen muß, weil dann eben das Opfern und zwecklose Muten aufhört.

Da es sich um sehr wichtige wirtschaftliche Angelegenheiten handelt, sind die Arbeiter bei dieser Frage doppelt interessiert. Einmal als Menschen, die das lebhafteste Bedürfnis haben, den fürchterlichen Krieg möglichst schnell beendet zu sehen, denn als Gewerkschaftler, über deren Daseinsbedingungen bei den Entscheidungen in hervorragendem Maße mitentschieden wird.

Die Vertretungen der Gewerkschaften haben von Kriegsergänzung an erklärt, daß sie den Kampf als eine Deutschland-entscheidende Verteidigung seiner wirtschaftlichen Existenz betrachten und ihn darum unterstützen; Eroberungspläne und die Absicht, andere Völker zu vernichten, sind von ihnen stets abgelehnt worden. Von der Gegenseite sind dagegen aus den Kriegsergänzungen wiederholt und mit aller Schärfe Eroberungs- und Zerstörungsziele als Zweck des Krieges bezeichnet worden. In der letzten Zeit jedoch hat man solche Pläne zu verkleinern; sie werden ideologisch verbrämt. Anablick kämpft man für die Demokratie und für allgemeine Freiheitliche Entwicklungsmöglichkeit. Weil diese durch den deutschen Militarismus und Imperialismus bedroht sei, müsse Deutschland erst besiegt und nach den Forderungen der Entente regierungen umgestaltet werden. Was in Wirklichkeit dahinter steckt, das beweisen die Wirtschaftskonferenzen der Gegner. Als deren Ziel ist ganz unverblümt die Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt und die Zerstörung seiner Wirtschaft bezeichnet worden.

Je stärker nun von uns aus die wirtschaftlichen Fragen als Kriegsziele in den Vordergrund gerückt werden, um so mehr müssen auch die Gegner darauf eingehen, um so mehr verlieren dann ihre Schlagworte von Schutze der Demokratie, Militarismus und Imperialismus, womit sie den Kriegswillen ihrer Völker aufstacheln, an Zugkraft. Erlaubt diese Zugkraft, dann ist der Boden für eine Verständigung und zur Beendigung des Blutmädes fortgesetzten Schlachtens und Verwüstens gut vorbereitet.

Aus diesem Grunde ist durch die programmatische Aufstellung des Friedenszieles: „Keine Annexionen, keine Kriegsentwicklungen!“, zu dem sich, in Übereinstimmung mit der Ansicht der Gewerkschaften, kürzlich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei bekannt hat, außerordentlich viel für die Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses getan worden. Leider aber findet solche praktische Arbeit, die alle Völker aus dem schrecklichen Zustande des Weltkrieges befreien soll, auch bei uns im Lande Widerstand und Störungen durch eine kleine Gruppe von Menschen, die immer noch so tun, als könnten und wollten sie die ganze Welt bezwingen, die da glauben, es sei zweckmäßig, unentwegt von Annexionen und großen Kriegsentwicklungen zu reden, die Deutschland den Gegnern aufzwingen müsse. Solches Gebahren liefert fortgesetzt Wasser auf die Mühlen der Kriegstreiber in den Ententeländern; es ermöglicht ihnen, die Aufmerksamkeit von den wirklichen Kriegszielen abzulenken, und zu verhindern, daß man überall zu der Einsicht gelangt: ein Gewalttrieb ist vom Uebel, ein Verständigungsriede liegt in leicht erreichbarer Nähe!

Wenn es gelänge, überall die Friedenszielfrage auf die Formel zu bringen: Für oder gegen Handelsverträge?, dann würde sicher in allen Ländern eine überarabre Mehrheit des Volkes sich für Handelsverträge als Grundlage und Voraussetzung des Friedensschlusses erklären. Schon der Gedanke, den Krieg nun endlich durch den Abschluß von Verträgen zu beendigen, hat etwas Verjährendes. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß ein Friede, bei dem ein Teil sich mit der Abtrennung von Gebietsteilen und mit der Verpflichtung, Kriegsentwicklungen zahlen zu müssen, abfinden soll, unzweifelhaft Verbitterung, Haß, den Gedanken an Vergeltung, wie auch Widerstand gegen solchen Zwang hervorruft, wodurch die Stunde, in der sich die Unterhändler der kriegführenden Länder zu einer Verständigung und zur Unterzeichnung der Friedenserklärung zusammenfinden können, immer weiter hinausgeschoben wird.

Uns kommt es als Gewerkschaftler hier darauf an, zu untersuchen, ob es den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter und damit denen des ganzen Volkes mehr entspricht, dem Plan der Erlangung von Kriegsentwicklungen und Gebietsvergrößerungen nachzugehen, oder den Gedanken zu fördern, einen Frieden durch Abschluß von Handelsverträgen herbeizuführen. Steht die Frage so, dann kann es

schon nach dem Gesagten nicht zweifelhaft sein, daß wir uns für das letztere Friedensprogramm entscheiden. Weitere Erwägungen müssen in solcher Ueberzeugung noch mehr stärken.

Nach unseren Absichten kämpfen wir für die Freiheit und Möglichkeit ungehörter, weiterer Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Dazu ist unsere Betätigung in der Weltwirtschaft eine der ersten und wichtigsten Voraussetzungen, eine Betätigung, die der anderen Völker gleiche Rechte und Möglichkeiten nicht behindert. Also Anteilnahme aller Völker an der Weltwirtschaft, durch zweckmäßige Arbeitsteilung! Eine solche Regelung der internationalen Handelsbeziehungen würde dem Wohle und Gedeihen aller am förderlichsten sein. Ob einzelne kapitalistische Kreise, hüben und drüben, bei einer solchen Ordnung der Dinge nicht auf ihre Kosten kämen, sie damit ihre Kriegsziele nicht erreicht hätten, das soll und kann die Völker in ihren Mehrheiten wenig stören.

Angenommen nun, Deutschland könnte den Gegnern das Anerkenntnis von Gebietsabtretungen sowie die Zahlung von Kriegsschädigungen abzwängen, was wäre die Folge? Die Besiegten würden selbstverständlich versuchen, sich zu rächen oder Deutschland auf andere Weise zu schädigen, indem man uns, wo nur Gelegenheit dazu sich bietet, vom Weltmarkt verdrängt. Treten solche Bestrebungen hervor, dann böte das wieder unseren Hochschulzöllnern Gelegenheit, die deutsche Wirtschaftspolitik scharf auf Handelskriege einzustellen. Was dabei für die Arbeitererschaft herauskäme, ist unüber einzu-sehen. Die deutschen Zollmauern würden erhöht; Einfuhrverbote kämen hinzu und vergrößerten in Deutschland den Pegel nach Waren, die im Lande nicht in ausreichender Menge erzeugt werden können. Die Preise schnellten in die Höhe. Den Vorteil hätten die in Frage kommenden Gruppen von Erzeugern, vornehmlich die Landwirte; aber das verbrauchende Volk hätte den Schaden. Dann kämen wir aus der Teuerung überhaupt nicht heraus. Das nicht allein! Deutschland ist mit vielen seiner Industrien auf die Einfuhr von Rohmaterialien angewiesen. Hier würden dann die Gegenmaßnahmen der anderen Länder einsetzen; sie würden uns den Bezug wichtiger Rohstoffe erschweren. Wiederum

wären die Arbeiter die in erster Reihe Leidtragenden. Arbeitslosigkeit würde für sie die Porter der Teuerung noch erheblich verschärfen. Das Gesamtziel von dem wäre erreicht, was von den Vertretungen der Arbeiter als Kriegs- und Friedensziel von Anfang an proklamiert worden ist.

Den Arbeitern müßten übrigens die vielleicht erlangten Kriegsschädigungen wenig oder gar nichts. Der Weltkriegens aus dem Deutsch-Französischen Kriege hat den Arbeitern in Deutschland keine Freude bereitet; er veranlaßte die berüchtigte Gründerperiode, der nach kurzem Knäuel der Kagenjammer einer schweren, lang andauernden Krise folgte, die der Arbeiterkraft viel Not und Elend eintrug.

Unsere Machtpolitiker, die nach „Grenzberichtigungen“ und Kriegsschädigungen schreien, verlangen den Krieg, reizen die Revandegelüste, und die Erreichung ihrer Ziele könnte Schädigungen für das deutsche Wirtschaftsleben und damit für die Arbeiter nach sich ziehen, die in krafftem Widerspruch stehen zu den Zielen, die seit Ausbruch des Krieges als die Aufgabe des Volkes bezeichnet worden sind.

Aus allen diesen Gründen liegt es im Interesse der deutschen sowohl wie aller übrigen Arbeiter, daß sie überall Antimerionsbestrebungen und die Forderung nach Kriegsschädigungen verwerfen, dagegen für einen Frieden auf der Grundlage geregelter Handelsbeziehungen und vernünftiger Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft eintreten.

Unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern wird es nicht viele geben, die sich für einen Antimerionsfrieden aussprechen. Dennoch hört man hier und da das Scheinargument, eine erhebliche Entschädigung wäre „das Mindeste“, woran wir festhalten müßten, sonst würden die deutschen Arbeiter die hohen Kriegskosten tragen müssen. Diese Ansicht geht von falschen Voraussetzungen aus, denn erstens bedeutet die Entschädigungsforderung ohne weiteres eine Verlängerung des Krieges mit weiterer Kostenvermehrung und Menschenopfern. Zum andern kann der Verständigungswille der kriegsgegnerischen Völker unter solchen Verhältnissen nicht wachsen.

So haben unsere Kollegen alle Veranlassung für den Verständigungsfrieden einzutreten, wie er in der Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie gefordert wird.

## Unser Verband am Schlusse des 34. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Juni 1917.)

Die Aufwärtsbewegung unseres Verbandes hält an. Am 316 Neuaufnahmen hat sich die Zahl unserer Mitglieder im verfloßenen Monat gesteigert. Die fortwährende Zunahme der Frauennarbeit spiegelt sich auch bei diesem Mitgliederzuwachs ab. Auf 517 eingetretene weibliche Mitglieder entfallen 299 männliche. Ein Ueberwiegen der weiblichen Neuaufnahmen gegenüber den männlichen ist, nach der Höhe der Zahl geordnet, in folgenden Gauen eingetreten: Breslau 496, Berlin 129, München 125, Bremen 98, Brandenburg 22, Leipzig und Nürnberg je 16. Unser Verband mußert nunmehr 23029 männliche und 4719 weibliche Mitglieder. Zusammen 27748 gegen 26932 im April. Die Zahl der zum Meere Einberufenen ist von 28769 auf 28720, also um 49 zurückgegangen. Vergleichen wir die Summe der eingezogenen und der in den Filialen noch vorhandenen Mitglieder nach dem jetzigen Stande, mit der Mitgliederzahl, vom 2. Quartal 1914, so ergibt sich gegen diese eine Ueberzahl von 1946 Mitgliedern. Es ist damit eine Zunahme von 3,6 Proz. erreicht.

Von den Angehörigen der Eingezogenen hat sich die Zahl der Frauen um 12 vermindert, die der Kinder dagegen um 261 erhöht. Ein Zeichen daß sich in der Zusammenlegung der Kriegsteilnehmer eine Verdiekung vollzogen hat. Die Arbeitslosenziffer ging von 17 auf 42 zurück. Sechs davon erhielten 81,75 Mk. Unterstützung. Es ist dies gegenüber dem Vormonat mit 135,75 Mk. eine Abnahme von 51 Mk.

Die Krankenunterstützung, mit 13142,70 Mk. ging gegen April — mit 15023,20 Mk. — um 1880,50 Mk. zurück. Tabakagen erforderte die Streikunterstützung einen Mehraufwand von 1508,25 Mk. Sie betrug im Berichtsmonat 9608,25 Mk. im Vormonat nur 8210 Mk. Die Gesamtsumme der Hauptflüsse für Unterstützungsgegenstände hat sich von 23409,60 Mk. auf 22862,70 Mk. vermindert. Das sind 546,90 Mk. weniger.

Das erquickliche Gesamtbild unseres Verichts wird leider durch den Verlust von weiteren 46 Kollegen getrübt. Damit ist die Zahl unserer Toten auf 2185 gestiegen.

Die zahlenmäßige Ueberzahl unserer Verbandentwidelung ergeben die nachfolgenden Tabellen.

Aufnahmetag	Mitglieder am Schluß des II. Qu. 1914		Mitglieder eingezogen	Summ. Ränge eingez.	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose
	Männl.	Weibl.			Männl.	Weibl.	
15. August 1914	54522	41952	1919	10651	8517	18001	631
30. September	54522	37174	2779	14589	11508	22117	511
31. Dezember	54522	34850	3600	16072	12494	24070	523
31. März 1915	54522	31831	3305	19296	14796	27893	201
30. Juni	54522	29297	3345	21970	16703	32677	73
30. September	54522	27544	2611	24044	18137	36300	77
31. Dezember	54522	26605	2513	25404	19294	37750	292
31. März 1916	54522	24900	1985	25937	19682	37714	158
31. Mai	54522	27021	1228	26273	19788	37992	72
30. Juni	54522	27013	1116	26393	20098	38444	56
31. Juli	54522	26763	1256	26503	20130	38355	72
31. August	54522	26790	944	26788	20369	39096	43
30. September	54522	26190	1025	27307	20845	40154	59
31. Oktober	54522	26192	849	27481	20905	40293	63
30. November	54522	25972	491	28059	21313	41363	81
31. Dezember	54522	25586	645	28291	21509	41543	131
31. Januar 1917	54522	25155	388	28684	21486	41309	141
28. Februar	54522	26004	463	28881	21714	42123	141
31. März	54522	26380	723	28865	21847	42228	57
30. April	54522	26932	1179	28769	21602	41632	47
31. Mai	54522	27748	1946	28720	21560	41896	42

\* Zunahme.

Stand unserer Organisation am 1. Juni 1917.

Landes Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Mitglieder		Zum See- einge- zogen	Eingebörge der Eingesessenen		Som. 1. bis 31. Mai 1917 auf Kosten der Hauptklasse ausgegabene Umerichtigungen				Gesamt- summe				
		Erlaß des H. O. 1914	31. Mai 1917	Zu- nahme	Ab- nahme		Neuen	Ab- der	an Arbeits- löse	an Strafe	In Sterbe- fällen	an Zerst. u. Besch. durch Unwetter					
1	Magdeburg	796	996	—	78	922	922	433	—	—	210	75	60	—	—	276	75
2	Berlin	9619	6405	2341	—	6555	4598	8054	7	50	2481	—	1240	—	—	3708	50
3	Brandenburg	1022	525	—	32	465	399	697	5	50	151	75	60	—	—	217	25
4	Bremen	2670	1133	—	189	1949	906	1685	—	—	342	75	300	—	—	642	75
5	Breslau	1360	2062	1654	—	952	760	1685	—	—	269	25	210	—	—	419	25
6	Dresden	3891	1648	—	122	1611	1298	2202	—	—	1204	75	925	—	—	2129	75
7	Düsseldorf	2459	906	—	293	1260	877	1570	—	—	361	50	421	—	—	782	50
8	Frankfurt M.	3109	1647	331	—	1793	1459	3103	—	—	779	—	851	—	—	1630	—
9	Hamburg	7075	3152	243	—	4166	2900	5020	28	75	1422	50	1830	—	—	3081	25
10	Hannover	1171	517	—	81	573	478	1038	—	—	375	50	290	—	—	665	50
11	Königsberg	1162	295	—	210	657	594	1278	—	—	175	50	50	—	—	225	50
12	Leipzig	3172	1403	—	326	1443	1228	2458	28	—	930	—	580	—	30	1588	—
13	Mübeck	1590	829	51	—	819	622	1260	—	—	504	50	580	—	—	1094	50
14	Magdeburg	1499	798	—	74	627	460	753	—	—	455	75	580	—	—	1035	75
15	Mannheim	3326	1491	—	193	1652	1144	2767	—	—	755	90	806	—	—	1580	90
16	München	3368	2337	102	—	1193	905	2276	—	—	1225	40	358	25	—	1581	65
17	Nürnberg	2618	1019	—	351	1248	1074	2178	—	—	645	—	245	—	—	890	—
18	Strasbourg G.	1909	647	—	505	757	690	1509	—	—	210	75	—	—	—	210	75
19	Stuttgart	2908	1430	—	274	1204	928	1900	12	—	715	25	415	—	—	1149	25
20	Einzelmitglieder	312	129	—	49	134	91	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		54522	27748	4722	2776	28720	21560	41896	81	75	13142	70	9608	25	30	22862	70

1946

Die Denkschrift der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit in Stockholm.

Die Antwort der deutschen Delegation auf die vom Stockholmer Komitee gestellten Fragen ist ein Friedensdokument ersten Ranges. Wir geben nachstehend den Wortlaut wieder:

I. Friedensbedingungen.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergeßlichkeit der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Frieden trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseltiger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Wohls und der Förderung höchster nationaler und menschlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Bestimmung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen

auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. Annexionen: Wir sind Gegner gewalttätiger Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedlung gesichert werden.

Mit der Verwertung aller gewalttätigen Annexionen ist Selbstverständlich auch die Rückgabe entliehener Kolonien gefordert.

2. Kriegsschädigungen: Die Aufhebung einer Kriegsschädigung ist zu vermeiden. Sie wäre auch nur nach vollständiger Wiederherstellung einer der kriegsführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der Opfer an Gut und Blut für beide Teile je gewaltig, daß kaum aus diesem Grunde eine Sinaus- sagerung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu ver- antworten wäre. Die ökonomische Verflistung eines Volkes durch das andere wäre aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. Wiederherstellung: Soweit mit dieser Frage die politische Wieder- herstellung, das heißt die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Abnehmen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Ver- pflichtung zur Wiederherstellung von Leistungen in den vom Krieg betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Verstößen oder Rücksügen, zum Teil als unmittelbare Wirkung des Zerkampfes, zum Teil als mittelbare Maß- nahme zur militärischen Zerstörung erfolgt. Eine nachträgliche Deckung des Verlusts der einzelnen Leistungen und Leistung auf ihre mili- tärliche Verdrängung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine ein- seitige Schadensersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsschädigung in verfeinerter Form.

Auf Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finan- zielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgeesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück läßt sich nicht ersetzen.

4. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verheßen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrecht- erhaltung oder Wiederaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die

Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens.

Belgien soll wieder ein Vorkriegsstaat Deutschlands nach Englands oder Frankreichs werden.

Sinnlich Serbien und der anderen Balkanstaaten schließen wir uns dem von unseren österreichischen Genossen Gesagten an.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständig- keit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit haben. Das trifft zu für Mongoleien und Annan. Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht verweigert werden. Bei anderen fremdherrschenden Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker ge- hobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung ge- worden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Veränderung erfahren hat. Hierher gehören: Irland, Ägypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre Stimme zu- gunsten der Befreiung jener Nationen vom Joch der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. Autonomie der Nationalitäten: Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer sonstigen Stellung auch fernerhin für deren weitestmögliche Einräumung eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die An- sprüche unterer in Nordwestfalen, Posen und Westpreußen sowie in Ost- und Westpreußen wohnenden Mitbürger, dänischer, polnischer und franzö- sischer Mutterprache in Betracht. Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Mutterprache sowie sonstige Behin- derung der freien Pflege ihrer besonderen nationalen Eigenart und Kultur, solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile anderer Nationen sollten nicht trennen und Einbürgerung weitestmöglicher freundschaftlicher Beziehungen bilden, sondern Verhandlungsbrücken von Volk zu Volk, von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unseren österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

**6. Elsass Lothringen:** Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mit aufgezählte Elsass Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsass Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstammung und Sprache ist die Bevölkerung Elsass Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 Proz. der Bevölkerung sprechen französisch als Muttersprache.

Elsass Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich der deutschen Staaten geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also auch von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsass lothringischen Gebiete sind neben anderen Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verbände des Deutschen Reiches herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Recht Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erziehung einer Rückgabe Elsass Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion und zudem größtenteils eine Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich. Sie ist somit gemäß dem Grundgesetz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsass Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiherrlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Verlesung des Sonder Parteitags von 1913, die von elsass lothringischen Genossen eingebracht war, Gelegenheit. Mit der Realisation der elsass lothringischen Frage in diesem Sinne Bundesstaatlischer Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Siege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Regelung entspricht außerdem den wiederholt ausgesprochenen Wünschen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsass lothringischen Volksvertretung.

Der Grundgedanke eines Friedens ohne Annexionen schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

◆ **Aus den Gemeinden** ◆

**Mängel der Kriegswirtschaft.** In Nr. 24 der „Kommunisten Praxis“ veröffentlicht G. Schürmer (Nürnberg) die nachfolgenden kritischen Darlegungen. Die aufgezeigten Mängel liegen sich, besonders in Groß-Preußen, leicht veranschaulichen! Trotz leid dreijähriger Kriegsdauer besteht leider keine Aussicht auf Abhilfe, weil die entscheidenden Stellen völlig verlogen.

Die Kriegswirtschaftliche Koordination ist bis heute trotz allem überaus nicht zu geordneten Verhältnissen in der Lebensmittelversorgung gelangt. Das liegt an der Dummheit; sie führt bekanntlich nie zum Ziel. Die Monopolen, zum Teil auch Produzenten und nicht zuletzt die Städte sind die Leidtragenden dieser Unschlüssen. Einige Beispiele zu den bereits vorerwähnten Dürften das erläutern. Die Stadt Nürnberg, eine ausgeprägte Arbeiterstadt mit rund 70.000 Einwohnern, erhielt (Mai 1917) von der Zentralverteilung die Mitteilung, daß sie nur dann noch des bisher angelieferte Quantum Kartoffeln weiter erhalte, wenn sie sich zugleich verpflichtet, 900 Zentner getrocknete Milchkonzentrate als Streckungsmittel mit abzugeben. Alle Einwände der Stadt gegen diese Zumutung wurden zurückgewiesen und der Stadtverwaltung blieb kein anderer Weg als so zu sagen, wolle sie weiter Kartoffeln haben. Die Zusage erfolgte zwar unter Protest, aber die Milchkonzentrate kommen, wenn man auch weiß, daß sie, falls sie sich nicht als Schweinefutter eignen, einfach wegwerfen werden müssen. Dabei kostet der Zentner dieser Milchkonzentrate 115 Mk! Die Stadt braucht sie gar nicht, sie hat sich nämlich infolge der Unübersichtlichkeit über die vorhandenen Lebensmittel im Reich nur Trockenmilch für die schwere Zeit vor der neuen Ernte ziemlich eingedeckt. So sind neben konservierten Früchten, Pörrgemüse usw. auch 500 Zentner getrocknete Porriden vorhanden, denen noch 900 Zentner folgen, die bezogen werden müssen. Viele Zentner eingemachtes Milchkraut müssen jetzt schon infolge ihrer Verderblichkeit direkt wegwerfen werden, da es sich weder zum Schweinefutter noch zur menschlichen Nahrung eignet. Sauerkraut kam im Mai jedoch anzufahren, daß es ohne Lebensmittelkarten abgegeben werden muß, soll es nicht das Schicksal des Milchkrautes erleben. Die neue Gemüseeinteile steht vor der Tür und trotzdem müssen die Milchkonzentrate der Kartoffelzentrale mit in den Kauf genommen werden! Dem Bauern wurden die Rüben, Porriden usw. beschlagnahmt und weggenommen, er nahm daher seine Zufuhr zur Verfrachtung von Getreide und Kartoffeln. Meistens und Tiere mußten sich eine äußerst beschränkte Rationierung der Ernährung gefallen lassen und zum Schluß muß noch viel Vieh geschlachtet werden, weil die Futtermittel nicht ausreichen, obwohl

letzten Endes das eigentliche Viehfutter, als inzwischen zur Rauschermahlung präpariert, in Massen — zugrunde geht.

Die Zwangslage, in der sich die Städte befinden, offenbart sich auch in folgender. Für die neue Ernte an Getreide und Gemüse mußte sich die Stadt Nürnberg, gleich vielen anderen Städten, noch einem Auktionsauflauf umfassen. Einen solchen hat sie in der Person eines ortsanfässigen Großhändlers gefunden. Der Mann dessen Person an sich hier keine Rolle spielt, aber zur Meinungsänderung der Verfahrentheit in der Lebensmittelversorgung angeführt werden muß; ist militärpflichtig wegen seiner Wehrleistungen aber fortgesetzt vom Militärdienst reklamiert worden. Jetzt soll er als Auktionsführer der Stadt vertraglich einen Monatsgehalt von 250 Mk., dazu bei Abschließen bis zu 5000 Mk. 5 Proz., bei solchen über 5000 Mk. 2 1/2 Proz. Provision beziehen, 12 Mk. Tagesbesoldung und freie Fahrt erhalten. Außerdem ist er berechtigt, seine Wehrleistungen mit Getreide, Gemüse usw. fortzusetzen. Dem Mißbrauch militärischer Interessen ist dadurch Tür und Tor geöffnet, aber die Stadt mußte noch froh sein, daß dieser Mann den Vertrag überhaupt eingibt, weil sie sonst bei den Auktionen hintenlos bleibt. Welche Menge der Staatsbürger müssen heute unter Diktandierung ihrer persönlichen und ihrer Erbschaftsinteressen, oft zu unbilligen Forderungen, ihre ganze Arbeit dem Weiche zur Verfügung stellen. Warum, so fragt man sich, dürfen sich andere in schwerer Zeit bereichern, werden nicht vom Zwange der Staatsgewalt ergriffen, den andere Schichten des Volkes im Interesse des Staates nicht selten bitter spüren?

Eine andere Folge der Selbstheiten soll hier ebenfalls mitberichtet werden. Nicht selten werden die Städte gezwungen, wegen der Nahrungsmittel sich gegenseitig Konkurrenz zu machen und zum Schaden ihrer Einwohner, zum Vorteil der Produzenten die Preise in die Höhe zu treiben. Die beiden Städte Nürnberg und Nürnberg liegen nahe beieinander, sie haben ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Sie haben ebenso wie andere Städte die Milchversorgung ihrer Einwohner selbst durchzuführen. Beide Städte treten daher in den umliegenden Milchproduzentengebieten als Konkurrenten auf. Jede ist berechtigt, sich die meiste Milch zu liefern. Eine Zitat der Produzenten hat sich demzufolge der Milchpreis in Nürnberg um 6 Pf., in Nürnberg um 4 Pf. erhöht, so daß der Milchpreis nunmehr 26 resp. 28 Pf. beträgt. Das gleiche Bild zeigte sich vor München. Nürnberg bezahlte in seinen Einkaufsbezirken für das Pfund reinmilchig Lebensgewicht 1,20 Mk. und für jede angelieferte Milche 1 Mk. Främie. Nürnberg trat als Konkurrent auf, bezahlte 1,30 Mk. und 2 Mk. Främie. Die Konkurrenten mußten demzufolge des Pfund reinmilchig nunmehr mit 1,60 Mk. nunmehr mit 1,70 Mk., in Nürnberg sogar mit 1,90 Mk. bezahlen.

Sicher sind auch die Städte an solchen Vorkommnissen nicht unschuldig, aber letzten Endes wurzeln alle diese Übel in den Selbstheiten der Erziehung. Beschlagnahme der Ernte und aller Nahrungsmittel vom Reiches wegen. Verteilung dieser in einheitlicher Rationierung auf konjunktionsunfähiger Grundlage und Einziehung aller Staatsbürger entsprechend ihren Erbschaften und Vermögens in den Staatsdienst zu angemessenen Bedingungen, würde dem grausamen Spiel, das bis heute noch in der Kriegswirtschaftlichen Koordination besteht, mit einem Schloge ein Ende machen. Aber —.

◆ **Aus unterer Bewegung** ◆

**Altona.** Die Arbeiter der Elektrizitätswerke „Antereite“ (ein gemeinlich wirtschaftlicher Betrieb, die Stadt Altona ist mit Kapital beteiligt und im Aufsichtsrat vertreten) beantragten durch den Arbeiterausschuß eine Auflockerung der Löhne, und zwar alle Lohnsätze einheitlich um 10 Pf. die Stundenlöhne, 1 Mk. die Tagelöhne. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, sämtliche Lohnsätze wurden aber erhöht und das Lohnverhältnis weiter durch Aufzählung der Dienstalterszulagenzeit verbessert. Bei der Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß erklärte die Direktion sich zu folgenden Zugeständnissen bereit: Aufbesserung der Lohnsätze, nach Stundenlöhnen berechnet, in Lohnklasse I (Maschinen, Decker, Apparaturwärter, Schmiede, Schloßer, Monteur, Kabelmonteur, Zählermacher) von 51 1/2, 51 1/2, 57 1/2 auf 55, 60, 65 Pf.; Klasse II (Dynamo- und Batteriewärter, 50, 52, 54 Pf. auf 55, 60 Pf.; Klasse III (Gehilfen, 48, 50, 52 Pf. auf 50, 55, 60 Pf.; Klasse IV (Lampenwärter, Puffer und sonstige Arbeiter, 46, 48, 50 Pf. auf 50, 55 Pf.; Klasse V (Zählermacher) 48, 50, 53 Pf. auf 53, 55, 58 Pf. Sont noch je 3 Jahren Aufzählung in die betreffende höhere Lohnklasse, mithin nach Ablauf des nächsten Jahres Erreichung des Höchstlohnes, jezt schon nach 6 Monaten der Lohnsatz der zweiten Lohnstufe und noch einem weiteren vollen Jahr, also nach insgesamt anderthalb Jahren, Gewährung des Höchstlohnes. Dies soll für die kommende Friedenszeit gelten. Während der Kriegszeit wird als Einkommenslohn der Lohnsatz der zweiten Lohnstufe und nach sechsmonatiger Beschäftigung der Höchstlohn gezahlt. Zur Verrechnung des Arbeitsverdienstes, diesen Lohnsätzen gemäß, muß nun in Betracht gezogen werden, daß die tägliche Arbeitszeit neun Stunden

beträgt aber zehn Stundenlöhne als Tagelohn für jeden Arbeitstagen bezahlt werden. Und fast sämtliche Arbeiter stehen im Monat nach 7 Tagen wöchentlich, empfangen also Lohn als sieben-tägigen Wochenlohn. Weiter wurde nun zugleich die Feuerungszulage auf die von der Stadt Altona für die städtischen Arbeiter festgesetzten Beiträge erhöht: monatlich für Ledige 10 Mk., für Verheiratete 22 Mk., als Minderzulage aber nur 7 Mk. für ein Kind, 11 Mk. für zwei Kinder und 5 Mk. für jedes sonstige Kind. Die Lohnaufreicherung und erhöhte Feuerungszulage traten mit Wirksamkeit vom 1. April 1917 an in Kraft. Für die städtischen Arbeiter ist ebenfalls eine Besserung der Arbeitsverhältnisse in Aussicht genommen. Eine Aufbesserung der Löhne ist allerdings auch hier sehr nötig, und weiter fordert die Arbeiterchaft, daß nunmehr auch ihre Arbeitszeit auf neun Stunden herabgesetzt werde.

**Karlsruhe.** Am 15. März wurde von unserer Verbandsleitung eine Eingabe um eine 25prozentige Lohnerhöhung der Stadtverwaltung unterbreitet. Am 6. Juni wurde nun in der Stadtverordnetenversammlung zu unserem Antrag Stellung genommen. Leider hat man ihm auch nicht in entferntester Rechnung getrauen. Immerhin ist ein kleiner Erfolg zu verzeichnen. Es wurden die Löhne von 6 Mk. pro Tag um 6 Proz., von 5-5,99 Mk. um 7 Proz., von 4-4,99 Mk. um 8 Proz., von 3-3,99 Mk. um 9 Proz. und unter 3 Mk. um 10 Proz. erhöht. Ferner wurde die Feuerungszulage für verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen von von 9 auf 10 Mk. und für jedes Kind um 1 Mk. pro Monat erhöht. Außerdem sollen für die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen mit mehr als einem Kind die staatlichen Sätze gezahlt werden. Die Erhöhungen sollen rückwirkend ab 1. April 1917 zur Auszahlung gelangen. Die Aufbesserungen der Löhne sind recht beachtender Natur, betragen sie doch nur 30-36 Pf. pro Tag. Mit dieser Anstellung ist aber auch gezeigt, daß überhaupt noch recht beachtliche Lohnsätze gezahlt werden. Wundert man sich, wie ein Arbeiter oder eine Arbeiterin mit diesem Lohn überhaupt noch auskommen kann, da ja bekanntlich Karlsruher mit zu den Städten gehört, wo die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel eine enorme Steigerung erfahren haben. Anstands dieser Verhältnisse wird sich die Stadtverwaltung nicht wundern können, wenn die städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz kurzer Zeit mit einer erneuten Forderung an sie herantritt. Wenn auch der Erfolg als ein beachtlicher zu nennen ist, so wäre derselbe aber nicht zu verzeichnen, wenn die Organisation nicht dahinter gestanden hätte. Hoffentlich werden städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Lehre hieraus ziehen und für den weiteren Ausbau des Verbandes Sorge tragen.

**Siegen.** In dem Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk wurden 50 Pf. pro Schicht Lohnerhöhung bewilligt. Wie verlautet, soll aber auch diese Zulage nicht allen Beschäftigten gezahlt worden sein. Denn einzelne haben nur 20 und 30 Pf. erhalten. Warum eine so unterschiedliche Behandlung vorgenommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Zu wünschen wäre aber, daß man eine gleichmäßige Behandlung aller Beschäftigten vornehmen würde. Trotzdem auch die übrigen städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter im letzten Jahre überhaupt keine Aufbesserung erfahren hat, kann man sich aber nicht dazu aufdringen, auch diesen etwas zu gewähren. An diesen Zuständen sind aber die Beschäftigten nicht ganz unzufrieden. Würden sie etwas mehr Interesse für ihre Angelegenheiten an den Tag legen, so wäre auch hier Abhilfe zu schaffen. Die Verbandsleitung wird auch hier wieder eingreifen, um für diese Arbeiter etwas herauszuholen.

**Hassel.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 8. Juni im Lokale Wittrod. Der Kollege Wehner, Hannover, referierte über „Wann erhalten die städtischen Arbeiter Feuerungszulagen.“ Wehner führte an der Hand von Tatsachenmaterial aus, daß die gesamte Lebenshaltung um mehr als hundert Prozent verteuert ist. Die Löhne der Arbeiter sind aber dieselben geblieben. Der Grund, während des Krieges keine Lohnregulierungen vorzunehmen, läßt sich nicht länger aufrechterhalten, da der Krieg bereits 3 Jahre anhielt und noch kein Ende abzusehen ist. Die bisher bewilligten Feuerungszulagen müssen ungenügend bleiben, wenn die seit 7 Jahren bestehenden Grundlöhne nicht geändert werden. Die Verbandsleitung hat daher im April in einer Eingabe dem Magistrat die Forderungen der Arbeiter gestellt. Gefordert wurde, dem Verdienst der im April tagenden Mitgliederverammlung entsprechend, die Erhöhung des Lohnes um 1 Mk. pro Tag für alle Arbeiter. Darauf ging der Verbandsleitung ein Schreiben des Magistrats zu, worin mitgeteilt wurde, daß die Lohnverhältnisse demnächst geprüft werden sollten. Die Not drängt aber dazu, daß der Prüfung recht bald Folgen folgen mögen. Wenn dann die Wünsche der Arbeiter nicht restlos erfüllt werden, sollen die Arbeiter daran denken, daß sie selbst recht wohl dazu beitragen haben, einen größeren Erfolg zu erzielen. Am in Zukunft unseren Einfluß auf dem Arbeitsmarkt zu verhärtet, ist Stellung und Ausbau unserer Organisation dringend notwendig. Am Schluß mochte Kollege Ducl noch darauf aufmerksam, stets für guten Verbandsbesuch rege tätig zu sein.

**Mainz.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Pfing“ statt mit dem

Thema: Die Einführung der Auswahlwahlen nach dem Hilfsdienstgesetz in den städtischen Betrieben sowie unsere Eingabe wegen Lohnzulage. Unser Hauptreferent H. H. de erläuterte in seinem Referat die hauptsächlichsten Paragraphen des Hilfsdienstgesetzes, besonders in bezug auf Einführung von Arbeiterauswahlwahlen. Da dieses Gesetz den Arbeitern eine ganze Reihe von Vorteilen bringt, weigern sich ganz besonders die Gemeindeverwaltungen, Auswahlwahlen nach diesem Gesetz vornehmen zu lassen. Ein entschiedener, hartnäckiger Gegner dieses Gesetzes ist der Mainzer Oberbürgermeister, Herr Dr. Göttemann. Auf zwei Eingaben des Arbeiterausschusses, die Neuwahlen nach dem Hilfsdienstgesetz anzuordnen, erfolgte jedesmal ablehnender Bescheid mit der Begründung, daß das Hilfsdienstgesetz auf Gemeindebetriebe keine Anwendung finde, da sie nicht dem Titel VII der Gewerbeordnung entsprechen (was jedoch nicht ganz zutrifft, da die gelehrten Sandweiser, Wäinert, Gas- und Elektrizitätswerk der Gewerbeordnung unterstehen). Auch eine im Januar festgestandene Stadtverordnetenversammlung hätte beschlossen, die Amtsdauer der bestehenden Arbeiterausschüsse bis Jahresende 1917 zu verlängern. Diese Arbeiterausschüsse, die bereits seit dem Jahre 1912 bestehen, sind infolge des Krieges so zusammengekommen, daß einzelne Ausschüsse nur noch aus ein bis zwei Mann bestehen. Auch versucht es die Bürgermeisterei so hinzustellen, als sei es eine Kränkung der abwesenden Ausschussmitglieder, wenn sie infolge Neuwahl ihres Mandates verlustig gingen. Man hat doch sonst gegenüber den Arbeitern kein so großes Bedenken! Warum gerade auf einmal in dieser Angelegenheit? Wenn dem Herrn Oberbürgermeister sowohl daran gelegen ist, Neuwahlen zu vermeiden, hätte man doch die einzelnen Ausschüsse ergänzen, und sie im Dezember 1916, als dem Vaterländischen Hilfsdienst unterstellt, erklären können. Dies ist jedoch nicht geschehen. Weil man weiß, daß die Ausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz doch eher in der Lage sind, intensiver für die Interessen und Forderungen der Arbeiter einzutreten zu können, steht man sich davor und sucht alle möglichen und unmöglichen Gründe dagegen plausibel zu machen und ins Feld zu führen. Die Arbeiter sind aber nicht gewillt, den ablehnenden Bescheid stillschweigend hinzunehmen, sondern werden weitere Initiativen annehmen. — Bezüglich der „Eingabe wegen Lohnzulage“ wies der Verbandsleiter, Kollege Klein, darauf hin, daß die Grundlöhne um 15 Pf. pro Tag vor drei Jahren erhöht wurden; seit dieser Zeit, trotz enormer Teuerung, keine Aufbesserung erfolgte. Nur die Familienzulage wurde etwas erhöht, ebenso die Kriegsfeuerungszulage nach mehrmaliger Eingabe und Petitionieren neu eingeführt, die aber nur monatlich zur Auszahlung gelangen und so beschaffen gehalten sind, daß sie kaum einem Tropfen auf einem heißen Stein gleichkommen. Dabei waren schon vor Kriegsausbruch die Löhne mit am niedrigsten. Am jedoch der Verschleppungstakt auf dem Stadthaufe energischer entgegenzutreten zu können, ist es nötig, daß für beschleunigte Neuwahlen der Arbeiterausschüsse laut Hilfsdienstgesetz Sorge getragen werde, damit die einzureichende Eingabe um Lohnerhöhung nicht auf die lange Bank geschoben, sondern auf dem schnellsten Wege erledigt werde. Zur Begründung gab der Vorsitzende bekannt, daß von vier Eingaben im Laufe dieses Jahres erst eine ihre Erledigung fand, und zwar die Eingabe um Einführung der 12stündigen Mittagspause, die sofort abgelehnt wurde. Bis Friedensschluß; sodann die Eingabe betr. Auswahlwahlen nach dem H. D. G. Hier sollte es nichts, deshalb der schnellere Bescheid. Auf zwei Eingaben im Februar: „Vollbezahlung der in die Woche fallenden Feiertage“ lautete die Antwort; hierüber müssen erst Erhebungen angefertigt werden, nach deren Abschluß das Resultat bekanntgegeben werde. Weiter ist in dieser Angelegenheit bis heute nichts erfolgt. Die andere Eingabe (Erhöhung der Altersbezüge nach dem Fürsorgestatut von 40 auf 60 Proz.) hielt man nicht einmal der Mühe wert, zu beantworten. In der daran anschließenden Debatte wurden von einzelnen Kollegen Verhältnisse zur Sprache gebracht, die ein Schlaglicht auf die farge Entlohnung warfen. Gläubiger kamen zur Sprache. Sie geradezu beschämend für die Mainzer Stadtverwaltung sind. Selbst auf die wenigen rationierten, auf Karten zu beziehenden Lebensmittel, wie Fleisch, Eier, Butter usw., muß ein großer Teil der städtischen Arbeiter Verzicht leisten, weil deren Preise mit dem Lohn nicht im Einklang zu bringen sind. Für Neuankäufe von Kleidern, Stiefeln, Wäsche und sonstige Hausgegenstände sind überhaupt keine Mittel vorhanden, denn die monatlich erfolgende Auszahlung der Familien- und Kriegsfeuerungszulage reicht noch nicht einmal zur Vorkostung der Hausmittel und Steuern. Fehlt sich doch der Lohn der meisten städtischen Arbeiter noch unter 30 Mk., der sich noch wesentlich verringert, wenn ein Feiertag in die Woche fällt. Wie es da mit der Lebenshaltung der Familien bei der ganz enormen Preissteigerung des gesamten Wirtschaftens bestellt ist, mag jeder selbst ersehen; der einigermaßen rechnen gelernt hat. Auch die Behandlung von Seiten der Vorgesetzten läßt viel zu wünschen übrig. Wenn ein Arbeiter 25 Jahre im städtischen Betriebe beschäftigt ist, läßt man ihn auf das Bureau kommen, beglückwünscht ihn und überreicht ihm ein Sparbüchlein mit dem anderthalben Wochenlohn (Staatsarbeiter erhalten 80-100 Mk.). Läßt ihn nun der betreffende Arbeiter das geringste Versehen zuzubeden kommen, dannzt ihn der Vorgesetzte an: wer nicht pariert, der steigt. Das ist dann die so

dies gerühmte Fürsorge für die städtischen Arbeiter. — Mit wenigen Ausnahmen hatten es die Herren Stadtverordneten, die zu dieser Versammlung eingeladen waren, nicht für nötig befunden, die Einladung Folge zu leisten. Nur der Stadtv. Bauer (Soz.) hatte sich entschuldigt. Stadtv. Braun (Soz.) versprach, bei seinen Kollegen einzutreten, daß den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung getragen wird. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, bei der Bürgermeisterei 6 Mk. wöchentlich zu zahlende Feuerungszulage für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu beantragen und der Gesamtarbeiterausschuß mit der Einreichung der Forderung beauftragt. — In seinem Schlußwort kam der Kollege Hbde nochmals auf die in der Debatte zutage getretenen Verhältnisse zu sprechen und wies darauf hin, daß auf dem schnellsten Wege die Bürgermeisterei die Lohnsätze regeln müsse, solle eine größere Erbitterung vermieden werden. Weiter ging er mit den Unorganisierten, die der Demuschul im Vorwärtstreben der Organisierten sind, scharf ins Gericht und ermahnte sie, unverzüglich der Organisation beizutreten und mitzukämpfen, damit endlich einmal auch in Mainz mit Hilfe einer starken Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Platz greifen. Den Ausdruck ihres Willens bekräftigte die Versammlung in folgender einstimmig gefaßten Entschließung: „Die am 7. Juni 1917 im „Goldenen Bilsig“ tagende und vollbesetzte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Vertriebe erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden in bezug auf die Vornahme der Auswahlgewahlen nach dem Hilfsdienstpflichtgesetz als auch im besonderen mit den Ausführungen über unsere geringen Löhne bei den bestehenden teuren Lebensmittelpreisen, und beauftragt die noch vorhandenen Arbeiterausschüsse, unverzüglich an die Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe zu richten und eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 6 Mk. zu beantragen mit dem Ersuchen, die Erledigung dieser Eingabe wohlwollend zu prüfen und zu beschleunigen. Weiter verlangt die Versammlung, daß die Arbeiterausschüsse Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung nochmals an die Erledigung der im Januar und Februar gemachten Eingaben erinnern. Erziere betrifft die Erhöhung der Altersrente von 10 auf 60 Proz. des Dienstehelohnens, die zweite die volle Bezahlung der Feiertage, die in die Woche fallen. Weiter verpflichten sich die versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, dahin zu wirken, alle nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter zuzuführen.“

**Städt.** Vor kurzem hatte die Stadtverordnetenversammlung eine Feuerungsregelung beschlossen. Bei dieser Regelung ging aber ein großer Teil der Beschäftigten leer aus. Von den Mitgliedern der in den freien Verbänden organisierten Arbeiterausschüsse und der Gesamtheit unseres Verbandes sowie der Transportarbeiter wurde eine Eingabe um 30 Proz. Lohn-erhöhung der Stadtverwaltung am 8. Juni unterbreitet. Inzwischen war aber eine große Unzufriedenheit unter den Schaffnerinnen der Straßenbahn ausgebrochen und hatten diese am Montag, den 11. Juni, die Arbeit niedergelegt. Am Dienstag, den 12. Juni, fand eine Sitzung der Obmänner der Arbeiterausschüsse und je einem Verbandsvertreter der Organisationsvereinigungen mit der Stadtverwaltung unter Vorsitz des Herrg. Oberbürgermeisters statt. Dieser Sitzung lagen verschiedene Anträge vor. Ein Antrag, welcher angeblich vom Arbeiterausschuß gestellt sein soll, auf 40 Pf. Lohn-erhöhung pro Tag. Ein Antrag der Schaffnerinnen auf Erhöhung des Lohnes von 1 Mk. pro Tag und Gewährung von drei freien Tagen im Monat unter voller Bezahlung und der Antrag der freien Verbände auf Erhöhung des Lohnes von 30 Proz. Unverständlich ist und bleibt uns, wie ein Antrag auf 40 Pf. vom Arbeiterausschuß vorliegen kann, da die Mitglieder der Arbeiterausschüsse der freien Verbände von einem derartigen Antrag keine Kenntnis hatten. Es kann dieser Antrag nur von den Mitgliedern der christlichen Arbeiterausschüsse sowie der christlichen Verbandsleitung gestellt sein. Aber auch selbst christliche Mitglieder der Ausschüsse wußten von diesem Antrag nichts, wie uns in den abgehaltenen Betriebsversammlungen berichtet wurde. Man einigte sich in der Sitzung dahin, daß eine Lohn-erhöhung von 50 Pf. pro Tag für alle Beschäftigte ab 1. Juni gezahlt werden soll. Für die Schaffnerinnen wurden noch die drei freien Tage unter Bezahlung und, wenn diese Tage gearbeitet werden, unter doppelter Bezahlung und 1/2 Proz. Zuschlag gewährt. Ferner sollten die Frauen in die Arbeiterausschüsse gewählt werden. Diese Forderung war vor einem Jahre von unserem Verband beantragt und wurde abgelehnt. Es wurde ferner zugestanden, daß die achtstündige Arbeitszeit für Frauen eingeführt werden soll. Interessant war, daß der Antrag auf 40 Pf. Lohn-erhöhung drei Monate im Schoße der Stadtverwaltung ruhte, ohne daß er zur Kenntnis des Herrn Oberbürgermeisters gekommen ist. Wer trägt die Schuld? Leider spielten sich bei der Verhandlung unliebbare Dinge ab. Von Seiten des christlichen Verbandes glaubte man darauf verweisen zu müssen, daß sie den Streik der Schaffnerinnen verurteilten und ablehnten. Man versuchte hier die Schuld den freien Verbänden in die Schuhe

zu schieben. Bemerkenswert muß aber werden, daß diese keine Abnung von dem Vorhaben hatten und sich des Streiks erst annahmen, nachdem er ausgebrochen war. Wie verärgert man aber gegen die freien Verbände vorgeht, zeigt ein Bericht, welcher von der Leitung des christlichen Verbandes der Tagespresse in Mainz gestellt wurde. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Bei dieser Bewegung ist natürlich (!) folgendes zu berücksichtigen: Die bestehende Unzufriedenheit wegen der Lebensmittelpflichterhöhung und der sonstigen Unzulänglichkeiten, die der Krieg nun einmal im Gefolge hat, hat eine Atmosphäre geschaffen, die allem anderem, nur nicht ruhigem Überlegen und Denken günstig ist. Treten nun zu diesen Umständen noch eine Reihe Beschwerden, die nicht in den Kriegsverhältnissen begründet sind und gehoben werden können, dann ist es begreiflich, wenn von gewisser Seite versucht wird, unter der Hand bestehenden Bewegungen Zwecken dienstbar zu machen, die nicht mehr rein wirtschaftlich-sozialer Natur sind.“

Man muß diese Zeilen zweimal lesen, um ihre Nützlichkeit ganz zu erkennen. Warum aber diese Aufregung und Verdächtigungen im Lager der christlichen Verbandsleitung? Dem Herrn Eickmann kann es doch nicht aus dem Gedächtnis entfallen sein, daß er vor der Bewegung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen das Blaue vom Himmel versprochen hat, um damit Mitglieder zu treiben. Wenn nun die Dinge anders gekommen sind und dabei die Fäden dem Führer entfallen, so kann man hierfür doch nicht Unbeteiligte verantwortlich machen. Der Zweck, der mit dieser Aktion erreicht werden sollte, ist nun nicht erreicht worden. Die städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter haben aus dieser Bewegung wieder aufs neu erkannt, wo ihre Interessen am besten vertreten werden. Daraus werden sie auch die Schlußfolgerungen ziehen. Eigentümlich muß es aber berühren, daß von der Sitzung mit dem Herrn Oberbürgermeister nicht alle Ausschussmitglieder unterrichtet waren. Den Obmännern der freien Verbände wurde gesagt, sie sollen nur allein an der Verhandlung teilnehmen. Die Christlichen hatten aber außer den Obmännern noch zwei weitere Mitglieder der Arbeiterausschüsse geladen. Wer trägt hierfür die Verantwortung? Unter allen Umständen werden wir verlangen, daß in derartigen Verhandlungen nicht nur einzelne, sondern die gesamten Arbeiterausschussmitglieder geladen werden. Sollen aber nur die Obmänner verhandeln, so darf keiner Richtung das Recht eingeräumt werden, mehr Mitglieder heranzuziehen. Aufklärung wird hier unter allen Umständen verlangt werden. Die städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter werden sich aber aus dem ganzen Vorgange ihr eigenes Urteil bilden und mehr denn je für die freie Organisation werden.

**Wiesbaden.** Am 9. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit der Erhöhung der Beiträge vom Juli ab befaßte. Kollege Hbde gab in kurzen Zügen die Gründe bekannt, welche die Veranlassung zur Erhöhung des Beitrags waren. Er führte besonders die große Leistung an Unterhaltungen während des Krieges in Höhe von über 500.000 Mk. an, sowie die Mindereinnahme der Beiträge durch den Verlust der eingezogenen Kollegen. Man sei daher vor die Frage gestellt worden: Was tun wir, um die Organisation für die nächste Zeit und nach dem Kriege nicht nur zu erhalten, sondern auch lauffähig zu erhalten? Besonders nach dem Kriege stehen schwere Zeiten bevor, die eine gute finanzielle Grundlage bedürfen. Da ist kein anderer Weg zu finden gewesen, als den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Nach regen Auseinandersetzungen wurde der Beitragserhöhung einstimmig zugestimmt. — Als dann gelangte unsere Lohnforderung zur Verhandlung. Verschiedene Kollegen waren der Ansicht, man solle sich mehr die Erhöhung des Grundlohnes angelegen sein lassen, anstatt der Feuerungszulagen, welche nach dem Kriege wieder entzogen werden können. Dem widersprachen die Kollegen Kautz und Hbde und betonten, man müsse den jetzigen Augenblick der Teuerung erfassen und das zu erreichen suchen, was am schnellsten und leichtesten zu erreichen ist, und das seien Feuerungszulagen. Denn die Grundlöhne zu erhöhen seien die Städte während des Krieges abgeneigt. Es wurde ein Antrag angenommen, eine Eingabe in diesem Sinne an den Magistrat einzubringen. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, jedem städtischen Arbeiter Urlaub zu gewähren wie in Friedenszeiten, ohne jegliche Begründung oder Antragsstellung. — Mehr erhebliche Mitteilungen auf der Tagesordnung kamen zur Sprache. Besonders die Sonntagarbeit sowie Nacharbeit wurden nicht mit dem bewilligten Zuschlag von 50 Prozent bezahlt. Da es seien Leute dort beschäftigt, welche keinen freien Sonntag hätten. Es ist daher angebracht, eine Eingabe an den Magistrat zu richten und zu fordern: Bezahlung der 50 Prozent für Sonntag- und Nacharbeit; Einführung einer stündigen Ruhepause mindestens alle 3 Wochen oder Einführung der stündigen Arbeitszeit für die Arbeiter der Maschinen- und Maschinen des Gaswerks. — Nach Verkündung des Marktdelegierten über die letzten Sitzungen durch Kollegen Budu, in welcher hauptsächlich auf die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates und der Vorstandswahl hingewiesen wurde, fand die Versammlung ihren Abschluß.

## Internationale Rundschau

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz tagte am 8. Juni in Stockholm. Nach einem Bericht des „Vorwärts“ waren die Länder Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Deutschland, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Finnland vertreten. Einem Vorschlag Legens und Lindqvist folgend, beschloß die Konferenz, die sachliche Beratung über die gewerkschaftlichen Friedensforderungen erst zu beginnen, wenn auch die Gewerkschaften der Entente-Länder sowie Amerikas und Spaniens vertreten sein können. Die nationale und die französische Forderung hatte die rein gewerkschaftlich gehaltenen Einladungsschreiben, die an die Gewerkschaftsleitungen dieser Länder, wie Spaniens gerichtet waren, konjugiert. Der leitende Ausschuh der englischen Gewerkschaften hatte eine Teilnahme vorläufig abgelehnt. In einer Entschliessung nahm die Konferenz Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus. Sie erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterrückes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs härteste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei Abstimmlung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird. In einem Zugabschluß erwartet die Konferenz, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz allen Widerständen des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrecht erhalten und dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollständig beschickt sein wird. — Nach einer weiteren Meldung richtete die Konferenz an Joubert, den Vorsitzenden des Generalaussschusses der französischen Gewerkschaften, ein Telegramm, in dem sie die in Leeds im Juli 1916 von Vertretern des Proletariats von Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien geschlossenen Beschlüsse begrüßt als gültiges Zeichen des guten Willens, das zu bekräftigen, was seit dem Anbruch der Arbeiter und Soldatenrat in Petersburg übermittelte die Konferenz den Wunsch, er möge auf der Zusammenkunft in der Schweiz vertreten sein.

**England.** Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, Appleton, schreibt über die Forderung „keine Amerikaner, keine Entschädigungen“ im Gewerkschaftsorgan „The Federationist“ u. a. folgendes: „Die Größe der Geldverluste, der seelischen Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete, der Zerstörung materieller Besitztümer, ja selbst die Größe der unglücklichen Folgen, die dieser Kampf mit Deutschland auch für dessen eigene Weltbereitschaft haben wird, ist nicht abzuschätzen. Auch der Wert der dem Schatz der preussischen Militärartillerie geopferten Erbstücken ist unanschätzbar. Aber gewiß ist, daß Deutschland die ganze Welt arm macht und den Becher der Bitternis, aus dem die ganze Welt trinkt, bis zum Ueberlaufen füllt. Es ist natürlich ganz unmöglich, dem vernichteten Deutschland genügende Entschädigungen für alle diejenigen zu fordern, die es geschädigt hat. Aber nicht unmöglich und nur gerecht ist die Anforderung solcher Bedingungen, daß es mit Wiedererstattung während eines Jahrhunderts beschäftigt wäre und dadurch außerstande, von neuen Kriegen zu träumen und sich auf sie vorzubereiten. Das ist die Welt, die sich selbst schuldig. Dem Angreifer keine Strafe auferlegen, würde heißen, ihn zu neuen Angriffen aufzufordern.“ — Die Kriegsstimmung in England hat wohl keinen Imperialisismus?

**Schweden.** Sämtliche Gemeindegewerkschaften der nordisch-schwedischen Stadt Sundsvall haben die Arbeit niedergelegt. Die Stadt hat ihre Vorkorderungen abgelehnt.

## Rundschau

**Zur Brot- und Kartoffelversorgung.** Das Kriegsministerium schreibt am 2. Nachdem die Herbstharveste im wesentlichen beendet ist und ersichtlicherweise trotz der immer schwieriger werdenden Verhältnisse und des ungewöhnlich späten Frühlahrs wieder zu einer reiflichen Heilung des deutschen Aders geführt hat, läßt sich der nach Abzug der Saat verbliebene Stand an Bodenerzeug-

nissen der alten Ernte genauer als bisher übersehen. Die dieser Tage stattgehabten Beratungen über die Getreidezufuhr aus Rumänien haben auch über die in dieser Hinsicht bestehenden Aussichten die früher fehlende Klarheit gebracht. Danach ist entgegen den bisher von manchen Seiten gegebenen Befürchtungen die Möglichkeit gesichert, die derzeitige Protration bis zur neuen Ernte unvertürt zu lassen. An Speisekartoffeln sind zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit 5 Pfund wöchentlich bis gegen Mitte Juli, wo auf ein volles Einsetzen der neuen Frühkartoffeln zu hoffen ist, noch etwa 12 Millionen Zentner nötig. Nach den im Frühjahr aufgestellten Berechnungen war mit Vermittlung zu erwarten, daß diese Menge vorhanden sein würde. Der schwere, im Osten bis in den April hinein dauernde Frost hat aber mehr Schaden hervorgerufen, als man nach den zunächst eingehenden Berichten erwarten mußte. In vielen Bezirken ist die Fällnis der Kartoffeln infolge der Frostschäden des Winters in den letzten Wochen sehr groß gewesen. Infolgedessen hat schon bisher die 5-Pfund-Ration in manchen Orten nicht aufrechterhalten werden können und es hat Mehlertrag geliefert werden müssen. Mit dem weiteren Schwinden des Reises der alten Vorräte wird die Aufrechterhaltung der bisherigen Kartoffelration auch in den übrigen Bezirken vielfach nicht mehr möglich sein. An dem Grundstock, der für fehlende Kartoffeln Wehl oder Brot zu liefern ist, wird festgehalten werden; die Lage der Brotgetreidebestände macht es aber nötig, die Ertragsmenge vorzüglich zu bemessen. — Mit anderen Worten: Der Verbraucher soll noch enger geschnallt werden! Nachdem Korn und Kartoffeln in den Rägen der Schweine in Massen verschwunden, und für die Menschen als „Eisack“ das Viehfutter, wie Kohlrüben, Erbschoten usw., geliefert, darf man sich schließlich nicht wundern, daß es jetzt so steht. Unsere Rationen sind leider von den maßgebenden Stellen nicht beachtet worden.

**Achtstundentag!** In der Handelskammer in Regensburg behandelte man kürzlich die ungeteilte Arbeitszeit. Das Ergebnis der Beratung war gleich Null. Interessant ist nur, daß sich bei dieser Gelegenheit zwei Vertreter der Großindustrie für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden aussprachen. So bezeichnete der Direktor Köster der Brauntoblenwerke Wackerdors die Verkürzung der Arbeitszeit als eine soziale Notwendigkeit und verwies auf die ungeteilte Arbeitszeit in England, wo die Verkürzung der Arbeitszeit für die allgemeine Volksgesundheit und für die Wehrfähigkeit vom großen Nutzen gewesen sei. Kommt der Arbeiter abends früher nach Hause, so habe er auch mehr Zeit und Freude in den Kreisen seiner Familie. Dr. Hilbenz, Generaldirektor der Rührhüttenwerke, der eine langjährige Tätigkeit bei Krupp in Essen aufzuweisen hat, meinte, daß der Achtstundentag nach dem Kriege vielleicht ohnehin kommen werde. Jeder waren es nur diese zwei Vertreter, die ein Wort für eine verkürzte Arbeitszeit übrig hatten. Alle übrigen Herren konnten aus ihrer rüchthigen Herbe nicht heraustreten, sie blieben bei Entschiedenheit dieser Frage wie in so vielen Fragen der Arbeiter und Beamten ihrer alten Tradition treu. Wollen wir wünschen und hoffen, daß es bei diesen vereinzelten Stimmen über die Verkürzung der Arbeitszeit nicht bleiben wird, daß sich noch mehrere Herren die mitten im industriellen Leben tätig sind, finden, um dieser allgemeinen sozialen Notwendigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Die verkürzte Arbeitszeit stärkt nicht nur die körperliche Kraft; fördert nicht allein die Lust und Freude der Arbeiter im Gesellschafts- und Familienkreis, sondern gibt den Arbeitern die Möglichkeit zur geistigen Durchbildung, zur Aneignung von Wissen und Durchbildung. Gerade der jetzige Krieg zeigt aufs deutlichste, wie gut es ist, wenn ein Volkstamm Intelligenz besitzt. Darum wollen wir diese Urteile aus höchstem Interesse nicht in die Tiefe versenken, sondern der weitesten Öffentlichkeit unterbreiten, in der Annahme, daß die Interessententeile nach Möglichkeit mitwirken, um das Ziel recht bald zu erreichen. An der Mitarbeit der Gewerkschaften wird es nicht fehlen. Mögen auch die Arbeitermassen selbst durch den Ausbau ihrer Gewerkschaften mitnützig sein, die so notwendige kürzere Arbeitszeit in der Gestalt des Achtstundentags zu erreichen. Die Herren sagen es ja selbst, sie ist eine soziale Notwendigkeit. Wir können nur bestätigen.

**Ausbau der Arbeitsvermittlung für weibliche Erwerbstätige.** Der Arbeitsnachfrage ist in neuerer Zeit von den Behörden größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Es ist durch eine Verfügung des Reichsamts des Innern den Landeszentralbehörden die Möglichkeit gegeben worden, überall öffentliche Arbeitsnachweise, auch im Zwangswege, einzurichten. Das Reich hat neuerdings 100 000 Mk. zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens zur Verfügung gestellt; außerdem sind im Etat des Reichsamts des Innern 50 000 Mk. als fortlaufende Jahresbeiträge für den Verband deutscher Arbeitsnachweise ausgeworfen worden. Besonders wert man bemerkt, die Arbeitsnachweise den Bedürfnissen der Arbeiterinnen anzupassen. Wurden doch die gemeinnützigen Stellenvermittlungen im April 1917 von 16 277 männlichen und 191 008 weiblichen Arbeitsfindenden in Anspruch genommen. Diese stärkere Inanspruchnahme der Einrichtungen wird auch nach dem Kriege andauern. Die inneren Einrichtungen der Arbeitsnachweise entsprechen nicht den veränderten

Verhältnissen. Eine Eingabe der großen Gesamtverbände der Gewerkschaften forderte daher, bei allen Arbeitsnachweisen besondere Abteilungen für weibliche Erwerbstätige zu bilden, und innerhalb dieser wieder Fachabteilungen für einzelne Berufszweige. Diese Forderung ist auch verwirklicht worden. Nach einem Erlaß des Kriegsministeriums und des Kriegsamts sind jetzt bei allen Arbeitsnachweisen und Hilfsdienststellen mit stärkerer Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte weibliche Abteilungen einzurichten. Die bürocratische Bearbeitung der Arbeitsvermittlung (Anlage des Schriftverkehrs, der Vermittlungseinrichtungen usw.) hat, soweit irgend möglich, für Frauen und Männer getrennt zu erfolgen. Für die Aufnahme von Meldungen weiblicher Arbeitskräfte sind besondere Meldelisten zu führen. Alle Arbeitsnachweise, auch die der Gewerkschaften, sind aufgefordert worden, über ihre einschlägigen Einrichtungen Berichte einzuführen. Bei vielen öffentlichen Arbeitsnachweisen sind besondere Abteilungen für die Vermittlung von Hausangestellten und Dienstmädchen eingerichtet worden. Da bislang die Arbeitsnachweise fast ausschließlich von Männern verwaltet wurden, hat der Verband der Arbeitsnachweise die Ausbildung besonderer Beamtinnen in die Hand genommen. Die bisherigen Ausbildungskurse, die im Saale der Landesberufungsanstalt Berlin stattfanden, zeigten eine große Teilnehmerzahl. Die Folge ist, daß schon bei vielen Arbeitsnachweisen weibliche Angestellte tätig sind. Wir möchten noch die Anregung geben, auch in die Ausschüsse, die meist zur Verwaltung der Arbeitsnachweise (wenigstens der städtischen) eingesetzt sind, Frauen hinein zu wählen. Sie können dadurch sehr erspriessliche Arbeit leisten. Die öffentlichen Institute müssen sich immer mehr der neuen Stellung der Frau im Wirtschaftsleben anpassen.

Von den sozialen Folgen des Krieges handelt eine kleine Schrift von Parvus, die jedoch im Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin erschien („Die soziale Bilanz des Krieges“, Preis 25 Pf.), und die uns den ganzen furchtbaren Wahnsinn des Krieges in anschaulicher Weise vor Augen führt. Parvus hat 1915 in Kopenhagen eine Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges ins Leben gerufen und ist dadurch in den Besitz des Materials gekommen, das ihm nun als Grundlage zur Abschätzung der sozialen Kriegsfolgen dient. Nach den Berechnungen der genannten Gesellschaft betragen die Kosten der kriegsführenden Mächte bei dreijähriger Kriegsdauer mindestens: an Kriegsanleihen 350 Milliarden Mark, an Toten und Verwundeten 24 Millionen Männer, an Toten allein 7 Millionen Männer, an Invaliden 5 Millionen Männer, an Toten und Invaliden 12 Millionen Männer; dazu kommt noch ein Verlust durch Geburtenrückgang von 9 Millionen, abgesehen von den Millionen, die durch Hunger, Rot und Entbehrungen zugrunde gehen. Europa hat in diesem Kriege fast doppelt soviel Menschen verloren als die Menschheit in allen Kriegen der Welt von 1790 bis 1913 zusammen genommen. Vom 15. Jahrhundert bis in unsere Zeit betrug die Goldgewinnung der ganzen Welt nur 62 Milliarden Mark; das ist noch nicht ein Fünftel dessen, was jetzt in drei Jahren für Kriegsanleihen ausgegeben wird. Wolte man die 350 Milliarden Mark Kriegsanleihen in 20-Mark-Stücken auszahlen, so könnte man damit einen neunfachen Gürtel um den Äquator legen. Mit den Gürteln, die England allein für seine Kriegsanleihen jährlich ausgeben muß, könnte es eine völlig neue Handelsflotte von der gleichen Größe bauen, wie seine alte war. Die direkten Kriegskosten Englands sind so groß, daß England selbst dann, wenn es durch den Krieg die deutsche Konkurrenz in seinen Kolonien ausschalten könnte, 200 Jahre brauchte, um aus dem englischen Handel mit seinen Kolonien den Schaden zu erheben, der England durch den Krieg erwachsen ist. Deutschland könnte mit dem sechsten Teil des Geldes, was es jetzt für den Krieg ausgeben muß, in Amerika ein Gebiet aufkaufen, das jährlich außer seinen Produkten an Getreide und Vieh) das Vierfache dessen an Baumwolle liefert, was Deutschland bedarf. Mit seinen ganzen Kriegskosten könnte es außerdem noch sämtliche Kupferbergwerke und die gesamte Petroleuminindustrie der Vereinigten Staaten besitzen. Frankreich, das Elsch-Vot rinnen zurückerobern will, verliert durch den Krieg doppelt soviel Männer, als die ganze männliche Bevölkerung Elsch-Lotharingens ausmacht; es verliert an Toten und Invaliden mehr als Elsch-Lotharingen überhaupt Einwohner hat. Rußland könnte sein Eisenbahnen vervierfachen oder verfünffachen und brauchte dafür immer noch nicht so viel Geld auszugeben, als seine Kriegsanleihen betragen. Wären die 350 Milliarden Mark Kriegsanleihen zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet worden, so hätten dafür 35 Millionen der schönsten Gartenhäuser gebaut werden können, in denen man eine Bevölkerung von mindestens 150 Millionen, also mehr als das Doppelte des Deutschen Reiches, hätte unterbringen können. Statt dessen hat man für 350 Milliarden Mark 7 Millionen Menschen getötet; das macht auf die Person 50.000 Mk. Das sind nur einige wenige Beispiele aus den von Parvus angeführten Tatsachen. Der Krieg hat die Verarmung Europas an Kapital und Menschen, an Glück und allgemeiner Gesundheit zur Folge. Es wird höchste Zeit, daß er zum Abschluß kommt und daß sich die Völker wieder dem Aufbau widmen.

**Pioniere.**

Die Soldaten  
Mit Fidel und Spaten,  
Mit jungen Gesichtern und schwarzen Treffen,  
Die Pioniere wollen wir nicht vergessen.

Infanterie,  
Als uns der Tod mit höllischem Feuer bespie,  
Stürmte die Stellung am lüdischen Gang,  
Doch wo der Tod sich am grausamsten wehrte,  
Mit Minen den tollsten Ansturm verheerte,  
Dort, wo er wider die Reulen schwang,  
Allen voraus, die Heimat im Rücken,  
Drachen die Pioniere die Läden,  
Die ersten im Graben  
Und haben  
Mit ihrem Blut eine Drefche geschlagen.

Wenn wir uns in die finsternen Stollen schmiegen  
Und im Schoß der dunkelsten Erde liegen,  
Wenn uns das Feuer zudend umbrüllt,  
Da sind, in Trost und Schwelgen gekühlt,  
Die Pioniere noch tiefer geschliefen.

Stollen und Gänge und tiefende Schächte,  
Ewige Röhre und sprödelnde Röhre —  
Geduldig brechen sie Stein auf Stein  
Jimmer tiefer zum Herz der Erde hinein,  
Da die Arbeit an einem Tage schweigt  
Und die Mine springt  
Und donnernd nach der Sonne aufsteigt  
Und sich vor dem Licht erschrocken neigt  
Und Menschen und Bäume mit feurigen Fängen verfrängt.

Pioniere! Pioniere!  
Wann tretet Ihr einmal in unsere Läden  
Und baut an des Friedens losbaren Gräben?  
(Musikdirektor Max Bartel l. „Zimpf.“)

**Totenliste des Verbandes.**

- |  |  |
|--|--|
| <b>Karl Graas, Kiel</b><br>Arbeiter<br>† 4. 6. 1917, 62 Jahre alt.                 | <b>Karl Sammers, Bremen</b><br>Arbeiter<br>† 10. 6. 1917, 63 Jahre alt.          |
| <b>Jakob Gunginger, München</b><br>Hilfswärter<br>† 7. 6. 1917, 50 Jahre alt.      | <b>Hermann Kemstedt, Hamburg</b><br>Friedhof<br>† 6. 6. 1917, 54 Jahre alt.      |
| <b>Caspar Haartje, Hamburg</b><br>Statverwaltung<br>† 1. 6. 1917, 61 Jahre alt.    | <b>Karl Kohde, Hamburg-S.</b><br>Eislerer<br>† 18. 5. 1917, 44 Jahre alt.        |
| <b>Johannes Joos, Heidenheim</b><br>Tiefbauarbeiter<br>† 6. 6. 1917, 75 Jahre alt. | <b>Robert Thiel, Breslau</b><br>Arbeiter im Markt<br>† 2. 6. 1917, 54 Jahre alt. |



**Opfer des Weltkrieges:**

- |  |  |
|--|--|
| <b>Hermann Ehlers, Hamburg</b><br>am 1. Juni 1917 im Alter von 38 Jahren gefallen.             | <b>Heinrich Lange, Hamburg</b><br>am 28. April 1917 im Alter von 37 Jahren gefallen. |
| <b>Johann Fuchs, Nürnberg</b><br>am 16. Dezember 1916 im Alter von 43 Jahren i. Lazarett gest. | <b>Wilhelm Löhr, Nürnberg</b><br>am 10. April 1917 im Alter von 38 Jahren gefallen.  |
| <b>Ernst Glab, Breslau</b><br>am 8. Mai 1917 im Alter von 34 Jahren gefallen.                  | <b>Karl Salskarn, Hamburg</b><br>am 24. Mai 1917 im Alter von 30 Jahren gefallen.    |

**J. Schneider, Frankfurt a. M.**  
am 1. Mai 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen.  
**Ehre ihrem Andenken!**